

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Taffet-Bänder enorme Seidenhaus
Haltbarkeit, Carl Schneider
billigst! Altmarkt 8.

Anzeigen-Zarif.
Kontinuität von 11 Uhr
bis 12 Uhr. Sonntags nur
Morgenblätter 25 von
11 bis 12 Uhr. Die
einmalige Grundgebühr
(ca. 8 Pf.) 20 Pf.,
Kontinuität 25 Pf.,
Kontinuität 25 Pf.,
die zweifache Seite
auf 70 Pf., die
zweifache Seite
auf 1,00 M. — In
Nummern nach Sonn-
und Feiertagen die
einmalige Grundgebühr
25 Pf., Kontinuität
Kontinuität aus Dres-
den die Grundgebühr
20 Pf. — Auswärts
Haltbarkeit nur gegen
Vorauszahlung. —
Jedes Blatt kostet
10 Pf.

Geschäftsstelle:
Morgenstraße 38/40.

Begruß-Gelehrte
...
29,25
83,25
122,
108,
60,50
740,25
128,
90,
161,
17,75
100,
92,50
180,
110,
200,
10,10
200,10
360,
252,
90,
17,75
87,50

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2096 • 3401.

Cornpflaster zur gründlichen Beseitigung von
Nühneraugen und Hornhaut
50 Pfennig. Versand nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden-A., Georgentor.

*Vorzuglich für
Gummipflaster
mit Wundgel.*
E. Böhme's
rother Gartenschlauch.
Lagerstr. 1.3899.
E. Böhme's
rother Gartenschlauch

**Garten-Schirme
Zelte - Lauben**
Reizende Neuheiten. Grosse Auswahl.
B. A. Müller, Prager Str. 32/34.
Illustrierte Preisliste frei.

Reisekoffer, Reise-Artikel, Lederwaren. Adolf Näter, Größtes Lederwaren-Spezialgeschäft 26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Entscheidende Bitterung: Nordostwinde, kühl, zeitweise Niederschlag.

Aus Anlaß des Geburtstages Sr. Majestät des Königs wurden zahlreiche Auszeichnungen verliehen.

Die Stadtverordneten beschlossen in ihrer gestrigen Sitzung die Erhebung einer städtischen Wertzuwachssteuer. Vorher kam es bei der Besprechung von Mitteln bei der Feuerwehr zu einer scharfen Stellungnahme des Kollegiums gegenüber dem Oberbürgermeister, der die Tüchtigkeit der Dresdner Feuerwehr in Zweifel gezogen hatte.

Im preussischen Abgeordnetenhause wurde gestern das Verfassungsgesetz in 3. Lesung endgültig angenommen.

Als Nachfolger des Votschastlers in Konstantinopel Freiherrn Marschall v. Bieberstein ist der Gesandte in Athen Freiherr v. Wangenheim in Aussicht genommen.

Das Gesetz betreffend die Aufhebung des Hilfskassengesetzes tritt mit dem 1. Juni 1912 in Kraft.

Im ungarischen Abgeordnetenhause kam es bei der Präsidentenwahl zu schweren Tumulten, verschiedene Abgeordnete wurden handgemein. Zum Präsidenten wurde Graf Tisza gewählt. Die Demonstrationen in den Straßen Budapests dauern fort.

Der von Bratta-Maggiore nach Neapel fahrende elektrische Zug ist entgleist. 16 Personen wurden schwer verletzt.

Reichstagschluß.

Nach viermonatiger Arbeitstätigkeit hat sich der deutsche Reichstag verlagert. Mit schwerer Sorge haben die Patrioten diesem Reichstag entgegen, der unter dem Zeichen der roten Internationale zu stehen schien, und diese Sorge war zunächst wohlberechtigt. Die traurigen Vorgänge bei der Präsidentenwahl verrieten die tiefgehende Erbitterung des Wahlkampfes, aber zugleich begann es doch zu tagen. Anfangs vorsichtig, dann aber vernehmbarer rückte die liberale Mittelpartei von den Sozialdemokraten ab und näherte sich allmählich wieder den übrigen Ordnungsparteien, die nun einmal in jeder Volksvertretung auf einander angewiesen sind. Vielleicht wäre diese Annäherung nicht so schnell vorankommen, wenn nicht die Sozialdemokratie durch ihr unqualifizierbares Verhalten im preussischen Abgeordnetenhause und zu guter Letzt auch im Reichstag auch dem sozialistenfreundlichen Liberalen gezeigt hätte, daß ein Zusammenarbeiten mit ihr einfach unmöglich ist.

Zusammgeführt wurden die bürgerlichen Parteien ganz von selbst durch die Wehrevorlagen, vor deren Notwendigkeit sich kein bürgerlicher Abgeordneter verschließen konnte. So sehr sich aber auch durch die Art der Verabschiedung der Wehrevorlagen alle patriotischen Herzen gehoben gefühlt hatten — angesichts der en bloc-Akzeptanz aller Forderungen für Meer und Flotte in der entscheidenden Abstimmung hat sich das gleiche Empfinden, in verstärkter Maße und noch vertieft und verinnerlicht durch das Gefühl schuldiger Dankbarkeit, der Nation bemächtigt — man hatte doch mit längerer Sorge der weiteren Entwicklung der Dinge entgegengeesehen, als auf Verzicht einer Mehrheit aus Nationalliberalen, Fortschrittlichen und Sozialdemokraten die Brandtweinsteuer vorlage einer Sonderkommission überwiesen worden war. Glücklicherweise ist die Verabschiedung, die Deckungsfrage werde verschleppt und dadurch der gewaltige Eindruck der militärischen Kraftleistung abgeschwächt werden, zu der die bürgerlichen Parteien der deutschen Volksvertretung in vaterländischem Pflichtbewußtsein und mit vollem Verständnis für die Not der Zeit sich verbunden hatten, nicht in Erfüllung gegangen. Schneller und besser, als man noch vor wenigen Tagen zu hoffen gewagt, ist auch die letzte große Schwierigkeit überwunden. Ist das große nationale Werk zum Abschluß gebracht worden, das nunmehr, dem Vaterlande zum Segen, auch denen zum Segen, die dabei absteifen gelanden haben, der Ausführung harret. Wieder darf das deutsche Volk stolz und selbstbewußt um sich blicken, die leuchtende Kraft des nationalen Gedankens hat die bösen

Abnungen, die sich nach dem Ausfall der letzten Wahlen der Nation bemächtigen wollten, vertrieben, neues Vertrauen ist eingelebt und gibt uns die Gewissheit, daß unser Volk, mögen auch manchmal Unmut und Verzweiflung sich einstellen, dann, wenn das Vaterland ruft, über dieselbe Opferwilligkeit und dieselbe nationale Begeisterung verfügt, die ihm die Einheit und die Wiederaufrichtung des Reiches gebracht haben.

Die freudige Anerkennung, die dem Reichstag für seine patriotische Haltung gebührt, darf indessen von einer näheren Betrachtung der vom Reichstag gewünschten Lösung der Deckungsfrage nicht abhalten. Die Bedeutung der Verfassungsfrage liegt nicht, wenigstens zunächst nicht, auf dem finanziellen Gebiete. Der auf Antrag der Nationalliberalen und des Zentrums vom Reichstag geforderte Gesetzentwurf steht in Verbindung mit dem zuvor gemachten Vorschlag des Zentrums, den Zeitpunkt für die Ermäßigung der Zuckersteuer, die schon einmal aufgehoben, am 1. April 1914 mit einem Satze von 10 Mark in Kraft treten sollte, um 2½ Jahre hinauszuschieben. Der erste Verfassungsentwurf wird diesem Vorschlag gerecht, indem er der Reichskasse die ihr aus der Zuckersteuer zufließenden Einnahmen in bisheriger Höhe erhalten will, bis im Wege einer Versteigerung für Erlass gefordert ist; spätestens soll jedoch die Ermäßigung der Zuckersteuer am 1. Oktober 1916 in Kraft treten. Es ist aber noch zweifelhaft, ob mit den aus der allgemeinen Versteigerung aufkommenden Beträgen nicht auch die Befreiung anderer Steuern, die sich nicht bewährt haben oder als besonders drückend empfunden werden, ermöglicht werden soll. Ungewiß ist auch, in welcher Form die allgemeine Versteigerung Gesetz werden wird, wenn auch die Formen der Vermögens- und einer Erbschaftsteuer die meisten Ausföchten haben. Für eine Vermögensteuer ist im Reichstage eine starke Mehrheit vorhanden. Bisher haben indessen die einzelstaatlichen Regierungen, da in verschiedenen Bundesstaaten bereits neben der Einkommensteuer auch eine Vermögenssteuer besteht, dem Reiche den Zugriff auf eine dieser beiden Steuerarten, wie überhaupt auf direkte Steuern, nicht gestatten wollen. Es wird also alles darauf ankommen, daß ein Weg gefunden wird, der diese Steuer den Einzelstaaten annehmbar macht. Für eine allgemeine Erbschaftsteuer ist im gegenwärtigen Reichstage, der ja nach menschlicher Voraussicht zu ihr Stellung zu nehmen haben wird, höchstens eine ganz knappe und unsichere Mehrheit vorhanden. Die große Mehrheit der Rechten und der Zentrumstraktion sind nach wie vor entschiedene Gegner einer allgemeinen Erbschaftsteuer, so daß die Verwirklichung des dahin gehenden Beschlusses vielleicht noch größere Schwierigkeiten machen würde, als bei einer Reichsvermögenssteuer zu erwarten sind.

Wenn auch nach alledem die Entscheidung über die Deckungsfrage nicht herbeigeföhrt, sondern hinausgeschoben ist, so bleibt doch die Bedeutung des Verfassungsentwurfes groß genug. Der feste Verband, zu dem die deutschen bürgerlichen Parteien bei Bewilligung der Rüstungsfordernngen zusammengetreten waren, ist mit der gleichen freien Entscheidung, mit der gleichen Selbstverständlichkeit bei der Deckungsfrage aufrecht erhalten worden. Beide Aktionen tragen und stützen einander. Ferner ist durch den Versteigerungsentwurf klar gestellt, daß bei der gegenwärtigen Wehrmachtvermehrung der Verbrand nicht weiter belastet, der Mittelstand gelohnt, die Arbeiterbevölkerung nicht herangezogen werden soll. Und nicht das Geringste ist: der einseitige Vorwurf, der gegen die Reichsfinanzreform von 1909 erhoben werden konnte, daß Fehlen einer allgemeinen, wirklichen Versteigerung, soll in Zukunft nicht mehr erhoben, nicht mehr zur Verhebung und Entzweiung innerhalb des deutschen Bürgertums benutzt werden können. Ehe es dazu kommt, wird es an Mühen, vielleicht auch an Kämpfen nicht fehlen. Aber die Aufgabe ist des Schwelges der Ecken wert, und der Kampfpreis, die Wiederherstellung einer vertrauens- und verständnisvollen Arbeitsgemeinschaft der bürgerlichen Parteien, ist zu wertvoll, als daß man sich die Freude an der Gegenwart durch vorzeitige Sorge um das, was die Zukunft bringen könnte, verkümmern zu lassen brauchte.

Das ist ein erfreuliches Endresultat dieser Reichstags- tagung. Es ist begreiflich, daß hinter die Wehrevorlagen die übrigen Aufgaben des Reichstages in den Hintergrund treten mußten. Bedauerlich ist nur, daß auch das Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz nicht erledigt werden konnte, da die Kommission die erste Lesung erst

in diesen Tagen beendet hat. Hoffentlich wird dieses dringend notwendige Gesetz beim Wiederkommens des Reichstages möglich schnell verabschiedet. Tagelang wurde bedauerlicherweise die vom Reichstag beschlossene Änderung der Geschäftsordnung, die zweifellos einen Schritt zum Parlamentarismus bedeutet, von der Regierung angenommen. Im übrigen hat sich der Reichstag nur noch mit kleineren Vorlagen beschäftigt, die zum Teil ihre Erledigung gefunden haben.

Mit erleichtertem Herzen wird auch der Kanzler auf die Tagung zurückblicken. Seine Position hat sich un- zweifelhaft stark gefestigt, und das verdankt er zum Teil den Genossen, die die bürgerlichen Parteien einfach zwangen, sich hinter den Kanzler zu stellen. Die rüden Ausfälle Scheidemanns und Ledeburs gegen den Kaiser haben die in Aussicht genommene liberale Opposition gegen den Kanzler direkt unmöglich gemacht. Die Haltung des Reichskanzlers bei dieser Gelegenheit verdient den Dank aller Patrioten, und so wird man ihm auch von Herzen Glück wünschen können zu der Auszeichnung, die ihm sein feierlicher Herr hat zuteil werden lassen. Daß auch dem Reichsminister von Heeringen die kaiserliche Anerkennung nicht verlagert geblieben ist, wird den Befehl aller derer finden, die den Wert dieses tüchtigen Mannes erkannt haben. Und so wird man von diesem Abschnitt deutscher Politik sagen können: Ende gut, alles gut.

Drahtmeldungen

vom 23. Mai.

Aus dem preussischen Landtage.

Das Verfassungsgesetz endgültig angenommen.

Berlin. Im Abgeordnetenhause wurde heute das Verfassungsgesetz in 3. Lesung in namentlicher Abstimmung mit 212 gegen 99 Stimmen endgültig angenommen.

Berlin. Das Abgeordnetenhause hat nach kurzer Debatte dem Antrag des Staatsministeriums auf Verlegung des Landtages vom 8. Juni bis 22. Oktober zugestimmt.

Aus den Kommissionen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Wasserversorgungskommission des Abgeordnetenhauses hat beschlossen, den ganzen Juni über zu tagen und in dieser Woche vier Sitzungen abzuhalten. Am 4. Juni reist die Kommission an die Oder, um die Wasserverhältnisse und Stromanlagen kennen zu lernen.

Zum Berliner Besuche des Grafen Berchtold.

Berlin. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt: „Wie wir gemeldet haben, wird morgen der gemeinsame Minister des Auswärtigen Oesterreichs und Ungarns Graf Berchtold in Berlin eintreffen, um in der Hauptstadt des verbündeten Nachbarreiches seinen Antrittsbesuch abzuhalten. Se. Majestät der Kaiser wird dem Grafen Berchtold am Sonnabend empfangen. Der österreichisch-ungarische Staatsmann darf eines herzlichsten Willkommens nicht nur an den amtlichen Stellen, mit denen ihn seine Reise in unmittelbarer Berührung bringt, sondern auch in den weitesten Kreisen der Bevölkerung gewärtig sein. Wir begrüßen es mit lebhafter Genugtuung, daß Graf Berchtold durch seinen Besuch den Entschluß zum Ausdruck bringt, an der bewährten Tradition des persönlichen vertrauensvollen Gedankenaustausches zwischen Berlin und Wien festhalten zu wollen. Wir erinnern uns dabei der Wärme, mit der Graf Berchtold unlängst in seinen bedeutenden Ausführungen vor den Delegationen die Grundsätze der erprobten Freundschaft zwischen Oesterreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche als Richtschnur seiner Politik bezeichnet hat. Diese Bestimmungen, die bei uns einen starken Widerhall gefunden haben, beruhen auf einer Gemeinsamkeit der Überzeugungen, die für die Wohlfahrt und den Frieden der verbündeten Reiche die beste Bürgschaft bieten. Wir zweifeln nicht, daß Graf Berchtold von seiner Reise den Eindruck zurückbringen wird, daß er für die von ihm selbst verkündeten Grundsätze bewährter Bündnispolitik bei uns stets treue Unterstützung finden und aufrichtige Sympathie sicher sein kann.“

Der Nachfolger Marschalls in Konstantinopel.

Berlin. Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ erfährt, ist als Nachfolger des Votschastlers in Konstantinopel Hr. Marschall v. Bieberstein der Gesandte in Athen, Frhr. v. Wangenheim, in Aussicht genommen.

Nachträgliches zum Stapellauf des „Imperator“.

Hamburg. Zum Stapellauf des Dampfers „Imperator“ ging der Hamburg-Amerika-Linie vom Reichskanzler folgender telegraphischer Glückwunsch zu: Zum heutigen Stapellauf des „Imperator“ sende ich der Hamburg-Amerika-Linie und ihrem Leiter herzlichste Glückwünsche. Möge das stolze Schiff als Wahrzeichen deutscher Arbeit und deutschen Unternehmungsgeistes auf nur glücklichen Fahrten das Ansehen der Flagge, die es führt, über die Meere tragen. — Bei Gelegenheit des Frühstückes bei Herrn Bürgermeister Dr. Burdard überreichte Generaldirektor Wallin dem Kaiser im Namen der Hamburg-Amerika-Linie ein in Silber ausgeführtes Modell des „Imperator“.

Die Unterschlagnungen des Kassenboten Haase.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Kriminalpolizei ermittelte, daß der Kassenbote Haase von der American-Express-Compagny, der am Montaa 100 000 Mark unterschlug, das Opfer eines